

Die Europawahl am 26. Mai ist entscheidend für jede und jeden in Europa!



Wir stehen an einem entscheidenden Punkt in der Geschichte Europas: Fallen wir zurück in einen gefährlichen Nationalismus oder erneuern wir Europa als starke Gemeinschaft?

Die Europäische Union steht für ein weltoffenes, demokratisches und friedliches Europa. Ein Chaos-Brexit wie in England hat vielen Europäer*innen – gerade auch in Großbritannien – gezeigt, dass dieses freie und friedliebende Europa nur erhalten werden kann, wenn die Vielen sich engagieren und für dieses gemeinsame Europa eintreten.

Wir GRÜNE sehen die Notwendigkeit von Veränderungen, damit die EU-Bürger*innen sich und ihre Interessen besser vertreten sehen:

Wirksame Politik gegen die Klimakatastrophe

Wir brauchen zum Beispiel endlich eine europaweite Kerosin- und CO₂-Steuer, um den Einfluss dieser Hauptklimakiller zu reduzieren.

Mit der Steuerfreiheit für Kerosin wird ausgerechnet der besonders klimaschädliche Flugverkehr gegenüber allen anderen Verkehrsträgern bevorzugt. Nach EU-Recht ist es seit 2005 möglich, Kerosin national zu besteuern. Nur in den Niederlanden und Norwegen wurde dies bisher auch durchgesetzt. Um hier schneller voranzukommen, braucht es starke GRÜNE im Europaparlament!

Wir brauchen eine Sozial-Union

Um Lohndumping und eine Konkurrenz um Billiglöhne zu verhindern, brauchen wir eine Politik hin zur Angleichung der Löhne und Gehälter, sowie der Sozialleistungen und Steuern in den Mitgliedsländern. Das EU-Parlament hat zwar jetzt beschlossen, dass ausländische Arbeitnehmer*innen ab Mitte 2020 den gleichen Lohn erhalten wie einheimische Kolleg*innen. Dass aber der Transportsektor aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie herausfällt, muss in Zukunft verhindert werden.

EU-Regierungen müssen die Seenotrettung von Flüchtlingen fortsetzen und sich auf Verteilung einigen!



Ska Keller, Vorsitzende der Grünen/EFA-Fraktion im Europäischen Parlament und GRÜNE Spitzenkandidatin

Ska Keller kommentiert: *„Das Aus für Operation Sophia zur Rettung von Flüchtlingen bedeutet das Ende der Seenotrettung in Europa. Es ist eine unerträgliche Schande, dass Tausende von Flüchtlingen vor den Küsten Europas sterben. Die EU-Mitgliedstaaten machen sich mitschuldig an ihrem Tod, wenn sie die Seenotrettung jetzt völlig einstellen.“*

Steuerschulden schließen

Einige Mitgliedsländer haben es zu ihrem Geschäftsmodell gemacht, sich gegenüber dem Rest der EU durch niedrige Steuersätze attraktiv für Unternehmen zu machen. Die Tatsache, dass die größten Unternehmen in Europa (d.h. auch amerikanische wie Microsoft, Google, Facebook, etc.) fast keine Steuern zahlen müssen, ist nicht zuletzt der Politik der EU-Kommission zu verdanken. Besonders multinationale Konzerne profitieren überdurchschnittlich von Steuerprivilegien und Steuerschlupflöchern in der Europäischen Union.

Mehr Transparenz

Die Entscheidungsstrukturen auf der exekutiven Ebene, d.h. EU-Kommission, Ministerrat, etc. sind denkbar unübersichtlich und intransparent für uns Bürger*innen. Große Lobbyverbände haben sich in Brüssel niedergelassen und üben massiv Einfluss aus auf das, was in Brüssel geschieht.

Gerechte Förderung landwirtschaftlicher Betriebe

Die Subventionspolitik in der Landwirtschaft begünstigt große landwirtschaftliche Güter, während die Kleinbauern am Existenzminimum stehen und viele landwirtschaftliche Betriebe im Laufe der Jahre schon schließen mussten. Nicht zuletzt der ehemalige Bundeslandwirtschaftsminister (CSU) hatte letztes Jahr dafür gesorgt, dass ein so schädliches Gift wie Gly-

phosat weiterhin auf Europas Äckern gespritzt werden darf.

Mehr Information zum GRÜNEN Wahlprogramm zur Europawahl gibt es hier:
<https://www.gruene.de/europawahl>

Hat das Europaparlament überhaupt etwas zu sagen?

Das Europaparlament stimmt inzwischen gleichberechtigt mit dem Ministerrat (Minister aus den 28 EU-Ländern zu dem jeweils befassenden Thema) in den Bereichen Binnenmarkt, Zollunion, Wettbewerbs- und Strukturpolitik, Handel, Verbraucherschutz und Landwirtschaft, Einwanderungs- und Asylpolitik. Ein Gesetz kommt nur zustande, wenn beide Gremien zustimmen. Das Parlament muss auch bei Rechtsakten und Verträgen zustimmen wie zum Beispiel bei Beitritts- und Assoziierungsabkommen. Zusammen mit dem Ministerrat bildet das Europäische Parlament die Haushaltsbehörde der EU. Es kann den Haushalt der EU-Kommission ablehnen.

Neben vielen weiteren Kontrollrechten wählt es die EU-Kommissionspräsident*in und kann mit einem Misstrauensvotum mit Zweidrittelmehrheit die gesamte EU-Kommission zum Rücktritt zwingen. Im Januar 1999 wurde das einmal beantragt (wegen Vorwürfen der Misswirtschaft durch die EU-Kommission), fand aber keine Mehrheit.

Das sind nur einige der allerwichtigsten Kompetenzen. Es ließe sich noch einiges andere aufzählen. Insofern ist die Wahl für jede EU-Bürger*in keinesfalls unwichtig.

Eine hohe möglichst GRÜNE Wahlbeteiligung stärkt das EU-Parlament und damit die Demokratie in der EU!

EU-Agrarpolitik:

Europawahl wird zur Abstimmung über Umwelt- und Artenschutz

von Sven Giegold, Spitzenkandidat von Bündnis 90/Die Grünen zur Europawahl



Anfang April 2019 hat der Agrarausschuss des Europaparlaments über die Reform der Europäischen Agrarpolitik (GAP) entschieden. Bei dieser Abstimmung hat sich eine ganz Große Koalition aus Konservativen, etlichen Sozialdemokraten und Liberalen jeglicher substanziellen Änderung in der Agrarpolitik verweigert. So wurden zahlreiche gemeinsame Änderungsanträge von Grünen und Linken durch eine Schwarz-Rot-Gelbe Mehrheit abgelehnt. Bei diesen Anträgen ging es unter anderem um folgendes: Wir wollten den Teil der Direktzahlungen an die Bauern begrenzen, der nur von der Größe der bewirtschafteten Flächen abhängt. Diese Änderung hätte bäuerliche Betriebe gegenüber großen Agrarriesen gestärkt, die zurzeit 80 Prozent der Direktzahlungen erhalten. Diese Direktzahlungen wollten wir auch an verbindliche Umweltschutzmaßnahmen, wie z.B. der Verringerung des Einsatzes von Pestiziden, koppeln. Das Scheitern dieser Anträge ist angesichts des dramatischen Artensterbens bei Insekten, Vögeln und Co. eine sehr schlechte Nachricht. Das Artensterben steht in direktem Zusammenhang mit massivem Pestizideinsatz in der Landwirtschaft. Während die Bürgerinnen und Bürger in Bayern per Volksbegehren für mehr Artenschutz gesorgt haben,

machen Christdemokraten, Sozialdemokraten und Liberale im Europaparlament das Gegenteil.

Noch ist aber nicht aller Tage Abend. Denn der Beschluss des Agrarausschusses kommt zu spät, um noch vor der Wahl im Europaparlament endgültig beschlossen zu werden. Das heißt, das nächste Europaparlament kann diese Entscheidung schon im Juli revidieren. Mit anderen Worten: Diese Europawahl ist entscheidend für die EU-Agrarpolitik der Zukunft. Entweder die schlechten Zustände in der Agrarpolitik werden zementiert oder wir bringen den Sektor auf einen nachhaltigen Weg. Durch die rückwärtsgewandte Politik einer unheiligen Allianz von Christdemokraten, Sozialdemokraten und Liberalen, würde das Artensterben, ungehemmter Pestizideinsatz, Tierleid und Umwelterstörung weitergehen.

Die Bürgerinnen und Bürger haben es jetzt in der Hand, am 26.5. bei den Europawahlen ihre Stimme für eine andere Form der Landwirtschaft abzugeben. Die Europawahl muss zu einer Abstimmung über Umwelt- und Artenschutz werden. Denn nur wenn es keine Mehrheit mehr für das Weiter-So im nächsten Europaparlament gibt, haben Bienen, Vögel, Fledermäuse und Co. eine Chance.